№ 262 Abend-Ausgabe Berlin Dienstag, 5. Juni 1923
B 129

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

200 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 650.

Die neue deutsche Note.

Zusammentritt des Reichstags.

Der Reichstag tritt heute nachmittag nach den Pfingstferien wieder zusammen. Auf der Tagesordnung stehen einige minder wichtige Vorlagen. Aber schon morgen oder übermorgen vielleicht wird der Reichstag Gelegenheit haben, zu den wichtigsten Tagesfragen Stellung zu nehmen. Zwar: von einer außenpolitischen Debatte, an die man vor einigen Tagen noch und im Zusammenhang mit der zweiten Note der Reichsregierung gedacht hatte, ist nicht mehr die Rede. Die deutsche Note ist im Wortlaut fertiggestellt, den Führern der politischen Parteien zur Kenntnis gebracht und wird an einem der nächsten Tage in den Hauptstädten der alliierten Mächte überreicht werden. Vielleicht am Donnerstag, vielleicht auch 24 Stunden später — der endgültige Termin steht noch nicht fest.

Die zweite deutsche Note wird nicht, wie die erste, von einer Rede des Reichskanzlers begleitet sein, die eine Art politischen Kommentar dargestellt hatte. Wie sie jede Polemik vermeiden dürfte, so soll sie auch durch ihren sachlichen Inhalt allein wirken und die Brücke werden zu Verhandlungen, die — etwas Derartiges wird heute in den Londoner „Daily News" ausgesprochen — zunächst zwischen den Alliierten allein und später zwischen den Alliierten mit Deutschland stattfinden könnten. Man wird den Wortlaut der zweiten deutschen Note abwarten müssen, ehe man über sie und ihren materiellen Inhalt urteilt. Heute ist lediglich festzustellen, daß man Stimmen der Ablehnung — das ist rechtsstehenden Blättern zu entnehmen — und Bedenken nur von deutschnationaler Seite hört.

Mit der Außenpolitik wird der Reichstag also vorerst sich zu beschäftigen keinen Anlaß haben. Um so mehr aber mit den innerpolitischen krisenhaften Erscheinungen, die durch den jüngsten Marksturz und die ungeheure Geldentwertung hervorgerufen worden ist. Den Anlaß zu einer eingehenden Aussprache über diese alle Schichten der Bevölkerung gleichmäßig angehenden und tief berührenden Fragen dürfte eine Interpellation, vielleicht auch ein Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages bilden.

Die Sozialdemokratie fordert von der Reichsregierung die schleunigste Anpassung der Gehälter an die Geldentwertung, die schleunigste Anpassung der Besitzsteuer an den augenblicklichen Geldwert und ferner durchgreifende Maßnahmen zur Bekämpfung des Marksturzes bzw. zur Unterbindung der Devisenspekulation.

Die Fraktion will die sofortige Verhandlung, möglichst schon in der morgigen Sitzung, erreichen, und es ist nicht anzunehmen, daß diesem Begehren widersprochen werden wird, da wohl alle Parteien das Bedürfnis haben, sich über die dringendste Not des Tages auszusprechen.

(Siehe auch dritte Seite.)

Der Druck von unten.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

we **Breslau**, 5. Juni.

Das Angebot der Industrie und die andauernde Untätigkeit der Reichsregierung hat in der schlesischen Arbeiterschaft eine lebhafte Beunruhigung erregt. Die Massen, die sonst gerade in Breslau fest in der Hand der Organisationen liegen, beginnen sich zu radikalisieren. Unter dem Eindruck der Meldung, daß die Regierung Cuno ihre jetzige Note wieder ohne positive Vorschläge machen wolle, hat daher die Breslauer sozialistische Parteiorganisation nunmehr ihre bisherige Haltung geändert und eine Resolution veröffentlicht, die sie in ihrem Organ, der „Volkswacht", noch besonders lebhaft unterstreicht. Es heißt darin, daß sich die Sozialdemokratie nicht mehr damit begnügen dürfe, die alleinige Verantwortung für die künftige Note der Reichsregierung dem Bürgertum zu überlassen, sondern daß sie jetzt vielmehr ihren Kampf gegen diese Regierung der vollständigen Kraftlosigkeit gegenüber dem Auslande und den inneren Stabilisierungsgegnern durch eine entscheidende Gegenaktion auf das äußerste verschärfen müsse. Die Sozialdemokratie habe bisher einen Sturz der Regierung vermeiden wollen. Wenn aber keine Aussicht besteht, im gegenwärtigen Reichstage die notwendigen Opfer des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte zu erzwingen, dann müsse die Partei nunmehr zu dem außerparlamentarischen Mittel der Volksabstimmung über diese Frage oder zur Auflösung des Reichstages schreiten.

Schlüsselpunkt Brüssel.

London, 5 Juni. (W. T. B.)

Der für Donnerstag erwarteten Ueberreichung der neuen deutschen Note wird von der Presse mit großer Spannung entgegengesehen. „Westminster Gazette" ist der Ansicht, daß sich die Lage seit dem letzten deutschen Angebot gebessert zu haben scheine. Der Pariser Berichterstatter der „Times" schreibt, auf beiden Seiten des Kanals nehme der Eindruck zu, daß der Schlüssel für die augenblickliche Lage in Brüssel sei. Es sei sicher, daß in den Augen der belgischen Regierung und zahlreicher einflußreicher Persönlichkeiten in Frankreich die Brüsseler Zusammenkunft der Ausgangspunkt umfassenderer Verhandlungen sein könne, von denen Großbritannien nicht ausgeschlossen werden dürfe.

Ende Juni Reparationskonferenz?

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 5. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" bestätigt heute morgen, daß Lord Robert Cecil, bevor er am Sonntag die Reise nach Genf angetreten habe, sich mit den wesentlichen Bestimmungen des „Sicherungsprojektes" des Generals Speare, das den Lesern der „Vossischen Zeitung" bekannt ist, einverstanden erklärt habe. Das sehr gutunterrichtete konservative Blatt meldet, daß der Vorschlag des englischen Generals die wichtigste Grundlage eines neuen englischen Garantieangebotes an Frankreich bilden werde, das England wahrscheinlich im Laufe der nächsten Reparationsverhandlung zu machen beabsichtige.

Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" beschäftigt sich bereits mit den Aussichten einer interalliierten Reparationskonferenz und der Möglichkeit, diese **unter Hinzuziehung Deutschlands zu einer internationalen Konferenz auszugestalten.** Wie ich guten Grund habe, anzunehmen, ist die Voraussage dieses Blattes richtig, wonach die alliierten Regierungen erst unter sich verhandeln und dann am selben Ort die Verhandlungen mit deutschen Vertretern eröffnen wollen. Auch der von der „Daily News" angekündigte Zeitpunkt — Ende Juni — für den Zusammentritt der interalliierten Konferenz dürfte zutreffend sein.

Die Not der deutschen Arbeiter.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 5. Juni.

Der Berichterstatter der „Daily News" für Arbeiterfragen, der gegenwärtig das Ruhrgebiet bereist, behandelt in seinem ersten Artikel die trostlose Lage der deutschen Arbeiterschaft. Er schildert, wie die ständige Entwertung des Geldes die Preise emporreiße und es den Arbeiterfamilien unmöglich mache, mit den Löhnen, die erst vor wenigen Tagen festgesetzt seien, auszukommen, zumal es an Reserven vollständig fehle. Es bestehe eine der großen Gefahren der Lage, da jede Preiserhöhung automatisch die Gefahr einer vorübergehenden Unterernährung der Arbeiterbevölkerung bringe und damit die Neigung zu Lebensmittelkrawallen fördere. Auf der Jahresversammlung der englischen Metallarbeitergewerkschaften wurde eine Entschließung angenommen, in welcher erklärt wird, daß die französische Aktion im Ruhrgebiet in hohem Maße die Produktion lahmgelegt habe, weil die Preise für Eisen und Kohle auf allen wichtigen Märkten emporgetrieben worden sind. Dadurch sei in allen Ländern die Arbeitslosigkeit in den Werken, die auf Eisen, Stahl und Kohle angewiesen seien, verschlimmert worden.

Albany gegen Washington.

Kabelbericht der „Vossischen Zeitung".

at **New York**, 4. Juni.

Vor einiger Zeit hatten die Prohibitionsgegner im New-Yorker Staatsparlament in Albany einen Gesetzentwurf eingebracht, der gegen die Mitwirkung staatlicher Polizeiorgane bei der Durchführung des Antialkoholgesetzes gerichtet war. New York war bekanntlich einer der Staaten der Union, dessen Staatsparlament, die assembly in Albany, sich gegen den Prohibitionsparagraphen in der Unionverfassung ausgesprochen hat. Es hat sich nur mit halbem Herzen gegen das „Reichsgesetz" gestellt.

Die Prohibitionsgegner in Albany haben nun ihr Gesetz durchgebracht, und trotzdem Präsident Harding noch vor kurzem öffentlich erklärte, daß er es für ausgeschlossen halte, daß ein Oberhaupt eines Staates seine Hand dazu leihen würde, eine Verfassungsbestimmung der Union zu sabotieren, hat Governor Smith das Gesetz nicht vetiert, sondern unterschrieben.

Die Polizeiorgane der Union, denen in den verschiedenen Staaten die Durchführung der Unionsgesetze zum Unterschied der Staatsgesetze obliegt („federal officials" im Gegensatz zu „state officials") sind bei ihrer verhältnismäßig kleinen Zahl gar nicht in der Lage, ohne Unterstützung der staatlichen Polizeiorgane die restlose Durchführung eines Gesetzes der Union zu erzwingen.

Zwei Prozesse.

Von

Dr. W. H. Edwards,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung".

* **London**, 1. Juni.

In einer sehr geistvollen rechtsphilosophischen Betrachtungen hatte der Historiker und Essayist Macaulay, der in seinem bürgerlichen Beruf Justizminister für Indien gewesen ist und als solcher die ersten Kodifikationen des Landesgesetze durchgeführt hat, den weisen Satz geprägt, daß es nicht in erster Linie auf den formalen Inhalt einer Verfassung, sondern auf den Geist der Bevölkerung ankomme, die darauf angewiesen sei, unter einer bestimmten Verfassungsform zu leben. Zwei Prozesse, die in diesen Wochen geführt wurden, haben die Richtigkeit dieses Satzes schlagend illustriert.

Zwei französische Kriegsgerichte haben ohne jede tatsächliche Unterlage aus politischen Gründen Urteile gefällt, die man nur als Gefälligkeitsurteile im schlimmsten Sinne des Wortes bezeichnen kann. Kein Richter im Krupp-Prozeß hat nach der Beweisaufnahme auch nur subjektiv davon überzeugt sein können, daß Krupp und seine Direktoren die Absicht hatten, irgendeine Handlung zu begehen, die geeignet war, „die Sicherheit der französischen Truppen zu gefährden". Trotzdem hat sich in der französischen Juristenwelt und in den breiten bürgerlichen Schichten des französischen Volkes, in denen man in erster Linie einen lebendigen Sinn für die Hoheit des Rechtes und für den ewigen Wert unantastbarer Rechtsgüter vermuten mußte, gegen den Mißbrauch des Rechtes und seiner Institutionen zu politischen Zwecken niedrigster Ordnung keine nennenswerte Protestbewegung geltend gemacht. Ein beredtes Zeichen dafür, wie wenig entwickelt die Vorstellung von demokratischen Rechtsstaat in einem Volke ist, das behauptet, auf dem europäischen Kontinent Wege und Hüter moderner Rechtsideale zu sein.

Und dazu Gegenbeispiele aus England. Erst im kleinen, dann im großen. Neulich war ich in einem altenglischen Lunchlokal, in dem das englische Kleinbürgertum vorherrscht. An einem Tisch saßen sechs ältere Philister, die an dem Tage als Geschworene amtiert hatten und sich nun bei Kaffee und Zigarre von ihren Erfahrungen auf der Geschworenenbank erzählten. Der Refrain ihrer Histörchen ging dahin, ihre Unabhängigkeit von den Ansichten des Richters und des Kronanwalts darzulegen. Stolz erzählte einer: „Wir mußten einmal über einen Landstreicher zu Gericht sitzen, der angeklagt war, aus einem Rollwagen einer Eisenbahngesellschaft einen Korb Fische entwendet zu haben. Im Laufe der kurzen Beweisaufnahme hatte ein einwandfreier Zeuge beschworen, gesehen zu haben, wie der Angeklagte den Korb vom Wagen heruntergenommen hatte. Der Richter erwartete, daß wir, ohne uns zur Beratung zurückzuziehen, den Mann schuldig sprechen würden. Es ging aber nicht ganz so schnell, denn einige Geschworene unterhielten sich halblaut mit dem Obmann über die Möglichkeit, mildernde Umstände für den armen Teufel herauszuschlagen. Der Richter wird ungeduldig, wendet sich an die Geschworenenbank und sagt, halb fragend, halb befehlend, es könnten doch keine Zweifel über den Wahrspruch bestehen, nachdem ein Zeuge den Tatbestand des Diebstahls eidlich bekundet habe. Der Richter hatte den Satz noch nicht vollendet, da erhob sich unser Obmann und gab den Wahrspruch ab: „Nicht schuldig." Man erzwingt von uns kein Urteil."

Bis zu welchen Extremen das Bewußtsein der unbeeinflußten Urteilsfindung zu führen vermag, illustrieren auch die Vorgänge anläßlich der Deportation der irischen Republikaner. Als Tatsache wird allerseits zugegeben, daß die Informationen der Regierung zutreffend waren, wonach eine Geheimorganisation von De Valeras Anhängern in England alle Vorbereitungen getroffen hatte, um Ende März durch Bombenattentate die Wasser-, Gas- und Elektrizitätsversorgung von London, Liverpool und Glasgow lahmzulegen und dafür Sorge zu tragen, daß De Valeras Banden in Irland fortlaufend mit Waffen und Munition versorgt wurden. Waffen und Munition wurden in Deutschland und Amerika von den in England wohnhaften irischen Republikanern angekauft und auf Fischdampfern und kleinen Segelschiffen nach der Südküste Irlands geschafft. Es handelte sich hier also um einen gefährlichen Versuch, die Sicherheit Englands und der von der englischen Regierung auf Grund des Friedensvertrages mit den Sinnfeinern anerkannten gesetzmäßigen Regierung des südirischen Freistaates zu gefährden. Kontinentaleuropäische Regierungen haben wegen viel weniger gefährlicher Verdachtsgründe ohne weiteres den Belagerungszustand verhängt und sämtliche verdächtige Elemente auf Jahr und Tag unschädlich gemacht.

Der englische Innenminister Bridgeman beschritt einen andern Weg. Seine Rechtsberater hatten ihm auseinandergesetzt, daß nach ihrer Ansicht ein nie widerrufenes Kriegsgesetz noch zu Recht bestehe, wonach die englische Regierung berechtigt sei, Iren, die sich in England als lästig erwiesen, nach Irland zu deportieren und dort zu internieren. Das Gesetz war zu Anfang des Krieges erlassen worden, um die Versuche irischer Agitatoren zu bekämpfen, die die englische Bevölkerung aufforderten, sich nicht für das englische Heer anwerben zu lassen. Auf Grund dieses Gesetzes wurden

Mitte März 116 in England und Schottland wohnhafte Mitglieder irischer Geheimorganisationen aufgegriffen, nach Irland geschafft und der Regierung des südirischen Freistaates zur Internierung überwiesen.

Als einer der Führer dieser Iren, O'Brien, sich vor einem Londoner Gericht wegen unrechtmäßiger Freiheitsberaubung beschwerte, wurde er abgewiesen. In zweiter Instanz wurde ihm aber recht gegeben, weil der Innenminister versäumt hatte, das Gesetz genau anzuwenden. Der Innenminister verfügt nämlich seit dem Frieden mit Irland nicht mehr über irgendwelche Regierungsgewalt innerhalb der Grenzen der irischen Freistaaten. Wenn er die Iren also nach Irland verschickte, konnte er sie dort nicht, wie es im Gesetz vorgeschrieben war, internieren lassen, sondern mußte sie der Freistaatregierung zur Internierung ausliefern. Personen, die in England verhaftet werden, dürfen aber nach der Habeas-corpus-Akte von 1679 weder ihrem ordentlichen Richter entzogen noch außerhalb des Herrschaftsbereiches der verhaftenden Instanz geschafft werden.

Die englische Regierung mußte jetzt sämtliche Deportierte zurückschaffen lassen und ein Indemnitätsgesetz im Unterhaus einbringen, um den Innenminister gegen die zivilrechtlichen Schadenersatzansprüche und die strafrechtlichen Folgen eines Formfehlers zu schützen.

In den Debatten über dieses Gesetz ist von allen Seiten des Hauses die Abneigung des englischen Volkes gegen Ausnahme recht und gegen die Befugnis von Regierungsstellen, durch Verwaltungsakte Freiheitsentziehungen vorzunehmen, zum beredten Ausdruck gekommen. Die Entscheidung des Berufungsgerichtes, so führte Lloyd George kürzlich aus, werde für alle Zeiten ein unterblühes Denkmal englischen Rechtsgefühles sein, weil hier Landesfeinde und Landesschädlinge um der Wahrung der Majestät des Rechtes willen recht bekommen hätten gegen die Regierungsgewalt, die angesichts einer ernsten politischen Gefahr das wahrscheinlich sachlich Richtige in einer formalrechtlich fehlerhaften Weise unternommen habe.

Von den 116 Deportierten sind 102 freigelassen worden, während gegen die 14 schwer belasteten Führer, die sofort nach ihrer Freilassung wieder in Untersuchungshaft genommen wurden, ein Verfahren vor dem Londoner Polizeigericht wegen eines Komplotes gegen die Sicherheit Englands schwebt.

Faszistische Mordtaten.

Aus Triest wird uns gemeldet: Außer dem Vorsitzenden des kommunistischen Jugendbundes Mario Berce, der gestern ermordet aufgefunden wurde, ist auch der kommunistische Gemeinderat Anton Ribarik verschwunden. Ein Trupp von Faszisten erschien in seiner Wohnung und forderte ihn auf, zu folgen. Seither fehlt jede Nachricht über seinen Verbleib.

Besuch des norwegischen Königs in Holland.

Auf den Besuch des Königs von Schweden beim holländischen Hofe folgt jetzt der des Königs Haakon von Norwegen. Für den Empfang werden in Amsterdam und im Haag pompöse Vorbereitungen getroffen. Die holländische Presse weist auf die Bedeutsamkeit dieser Besuche für die mögliche Formung einer Entente der nordischen Länder hin.

Frontkämpfertag in Wien.

Die Wiener „Frontkämpfer-Vereinigung" hat am gestrigen Sonntag vor der Karlskirche ihr neues Banner bei „Feldmesse" weihen lassen. In vielen Hundertschaften angerückt, militärisch kommandiert, die Fahnenkompagnie mit neuartigen Stirnmützen aus dunklem Tuch ausgerüstet, die übrigen Mannschaften mit Windjacken, Lederschuhen, weichem Hut und Eichenlaub machte der Aufmarsch und die große Herbeigeströmte Menge der Zuschauer auf dem weiten Platze einen imposanten Eindruck. Nur ganz wenige Habsburger Abzeichen waren sichtbar.

Die französische Handelsdelegation in Moskau.

In Moskau ist gestern die von der französischen Regierung entsandte Handelsdelegation unter Führung eines Sohnes von Jules Guesde eingetroffen, wie die „Jzwestija" amtlich bekanntgibt.

Der öffentliche Anschlag.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

wf **Paris**, 5. Juni.

Für heute nachmittag wird eine große Kammerdebatte über die innere Politik angekündigt. Den Anlaß bilden die Ausschreitungen der royalistischen Ligen. Die Radikalen wollen, wie es scheint, in der heutigen Sitzung den am Tage der ersten Debatte über die royalistischen Ausschreitungen nicht in Paris weilenden Ministerpräsidenten zwingen, die scharfe Absage des Ministers des Innern an die äußerste Rechte zu bestätigen. Die republikanische Mittelpartei wird allem Anschein nach die Gelegenheit benutzen, um von Poincaré die längst geforderte Erklärung gegen den linken Block zu erlangen und eine republikanische Regierungsmehrheit, die von der äußersten Rechten und dem linken Block klar geschieden ist, hervorzutreiben zu lassen. Die royalistischen Abgeordneten, welche die letzten Zwischenfälle durch die Linke für ihre Propagandazwecke verwerten wollen, beabsichtigen, in die Debatte einzugreifen.

Die Kammer wird zu Beginn der Sitzung über die Anträge auf öffentlichen Anschlag der Reden des Linksradikalen Brousse und des Radikalen Herriot am 1. Juni abstimmen. Dieser Beschluß muß nach den Satzungen des französischen Parlaments ohne Debatte gefaßt werden. Der Anschlag der Rede Herriots wird aller Voraussicht nach abgelehnt werden. Die Radikalen wollen dann, wies es heißt, den öffentlichen Anschlag der Rede des Ministers des Innern Manoury beantragen. Manoury ist nach Ansicht der regierungsfreundlichen Kreise in der Sitzung vom 1. Juni „zu weit gegangen", als er in der Angelegenheit über die Ausschreitungen von einem royalistischen „Komplott" sprach. Das Wort war in dem amtlichen Wortlaut der Rede, der am nächsten Tage im „Journal Officiel" erschien, durch „Organisation" ersetzt worden. Aber auch nach dieser Aenderung bedeutet die Ministerrede eine Bestätigung der radikalen Anklagen, so daß der Antrag ihres öffentlichen Anschlages Poincaré und die Mittelpartei in eine unangenehme Lage bringt.

Die Mittelpartei hat angeblich die Absicht, den Hieb zu parieren, indem sie den öffentlichen Anschlag der Abstimmung vom 1. Juni beantragt. Die Radikalen haben dabei mit den Sozialisten, den Kommunisten und Jardien die Behandlung des Vertrauens zur Regierung abgelehnt. Die Royalisten wollen, wie verlautet, den öffentlichen Anschlag der Rede Daudets beantragen.

Es wird weiter für möglich gehalten, daß im Laufe des Vormittags eine Interpellation über die innere Politik der Regierung zur sofortigen Beantwortung eingebracht wird. Zum richtigen Verständnis der Lage muß man beachten, daß es den verschiedenen Parteien vor allem darauf ankommt, Poincaré zur klaren innerpolitischen Stellungnahme zu veranlassen. Man würde folgegleich, wenn man aus dieser Bewegung in der Kammer schließe, daß dem Treiben der royalistischen Jugend große Bedeutung beigemessen wird, und daß man eine ernste Gefahr für die Republik befürchtet. Das Kabinett wird heute vormittag unter dem Vorsitz Millerands darüber beraten, welche Haltung es angesichts der Bewegung in der Kammer beobachten will.

Bahnhof Altenessen besetzt.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

stf **Essen**, 5. Juni.

Heute morgen gegen 5 Uhr wurden die Bahnhöfe Altenessen, Wattenscheid und Wanne von den Franzosen mit dem üblichen großen Aufgebot, mit Tanks und Panzerwagen besetzt. Damit ist die ostwestliche Hauptverkehrslinie, die dem Ruhrgebiet noch geblieben war, die Linie Altenessen—Bochum—Dortmund, unterbrochen. Es bleibt im Zentrum des Ruhrgebiets jetzt nur noch die Linie Bismarck—Dortmund. Die Strecke Bochum—Dortmund ist bisher noch frei. Durch die neue Besetzung wird der Bahnverkehr innerhalb des Ruhrgebiets auf das empfindlichste gestört. Am größten ist der Schaden für Essen, das durch die Linie Altenessen—Dortmund mit den übrigen Industriestädten verbunden war und Anschluß an die Strecke Köln—Berlin erhielt.

Der Münchener Hochverratsprozeß

* **München**, 5. Juni.

Ein Musikprofessor, zwei Kaufleute, ein Landwirt und ein Student sitzen auf der Anklagebank vor dem bayerischen Volksgericht in München. Ein Kapellmeister und ein Zeitungshändler sind selbst gerichtet. Das sind die selbstgewählten Repräsentanten des Volkes, die es sich zutrauten, eine neue Ordnung der Dinge aufrichten und, wo nicht den Bolschewismus, so doch dem bayerischen Volke das Heil bringen zu können. Damit soll nichts gesagt sein gegen die politische Tendenz der hier aufgeführten Verurteilenden. Aber die Personen, die sich zugleich unterfangen haben, Bayern zum dem „bolschewistischen Berlin" zu lösen, ihm eine neue Staatsverfassung (lies: das Königtum unter der Ueberschrift Regentschaftsrat) und die nötige Scharfe gegen die Grenznachbarn zu geben, haben selbst nicht erwartet, wie sie mit ihren phantastischen Ideen, ihren unbrauchbaren Schlagworten vom „vaterländischen Zweck" und von der wirtschaftlichen Selbständigkeit Bayern Schachfiguren in der Hand Dritter gewesen sind.

Und gerade die Personen des übriggebliebenen Hauptangeklagten, des Professors und ehemaligen Kunstkritikers, Theaterleiters und Musikfestwarts Fuchs mit ihrer fahrigen und widersprüchsvollen Beweisführung und Verdeutlichungsmethode kennzeichnen das Hemmungslose und Verworrene des ganzen Planes, der die Aufhebung des Verbotes, der bayerischen Regierung und der führenden Politiker, wie Dr. Heims, Graf Sodens und des Generalstaatskommissars Dr. Pittinger mit französischer Wassermusikerfindung und gleichzeitigem Aufmarsch der Tschechoslowaken gegen die deutschen Nachbarn vorsah. Die Gelder für den Putschplan sind aus den verschiedensten Quellen geflossen. Viele Millionen kamen aus französischen Staatsmitteln. Aber es fehlten auch nicht Geldspenden der bayerischen Hochadels — des Fürsten von Thurn und Taxis, der Herzogin Carl zu Bayern, des Freiherrn von Cramer-Klett — und deutscher Großindustrieller.

In der heutigen Verhandlung versucht Fuchs sein Handtuchandarbeiten mit Frankreich zu darzustellen, als ob er den Oberstleutnant Fischer mit seinen Unterstützungsgeldern — ursprünglich hatte Fischer Millionen Mark zur Zeit einer günstigeren Währung! — gewissermaßen ausgenutzt habe. Er versucht weiter, dem Rechtsrat Kilian, der sich ja nicht mehr verteidigen kann, den Plan einer eigenen, mit dem Expolizeipräsidenten Pöhner als dem präsumtiven Diktator des ganzen Unternehmens den Plan einer Sonderaktion zu unterstellen, von der er, Fuchs, nichts gewußt habe.

Der 23. Februar war, wie durch Depeschen bargetan ist, unter anderem ein Geburtstag von Hitler am 16. Februar, der große Tag für den Putsch. Jenen Telegramm Richters ist davon die Rede, daß er das „große Marktfurz" in acht Tagen erwarte. Es wird nicht ganz klar, ob es sich dabei um ein Deckwort für den Putsch handelt, oder ob Richter selbst nebenbei ein Balutagesschaft machen wollte.

Die Sitzung, in der Fuchs den Richert und die anderen Herren zusammenführte, soll nach Fuchs nur abgehalten worden sein, damit Richert diese Herren kennen lerne. Die Frage des an der Aufdeckung beteiligten Polizeirats Mayer an Richert, ob Frankreich sich von der Aktion eine Besetzung seiner Ruhraktion versprechen, habe Richert verneint beantwortet. In seiner

Händel-Renaissance.

„Julius Caesar" in der Großen Volksoper.

Die Große Volksoper hatte gestern mit der Aufführung der um Jahre 1723 geschriebenen Oper „Julius Caesar" von Georg Friedrich Händel einen großen Erfolg. Sie wagte das Experiment wohl mit der Aussicht auf den Beifall aller echten Freunde der Kunst, aller Verehrer des unsterblichen Meisters, der seine Unsterblichkeit — so lehrte es uns die Kunstgeschichte — durch seine Opernarien erworben hat. Der Opernkomponist Händel war vergessen, und selbst Händel-Philologen verkannten den wahren Wert der versunkenen Schätze. Die Volksoper wagte das Experiment, und es stellte sich zu ihrer und zu unserer Ueberraschung heraus, daß auch das große Publikum eitel Wohlgefallen an dem köstlichen Werke fand.

Wir verdanken die Händel-Renaissance, die Renaissance des Opernkomponisten Händel, den Bemühungen des Göttinger Gelehrten Dr. Oskar Hagen, der einige Opern, unter ihnen auch den „Julius Caesar", für die deutsche Bühne auf Grund der Partitur der Deutschen Händel-Gesellschaft überset und neu gestaltet hat. Die deutsche Uraufführung in dieser Fassung fand am 5. Juli 1922 in Göttingen statt. Das Buch, von Nicolo Haym verfaßt, setzt mit der Landung Caesars ein und zeigt in primitiver Grandiosität, in einer Technik, über die wir lächeln können, die Erlebnisse Caesars in Aegypten und sein Verhältnis zu Cleopatra; es schließt mit der Erhebung Cleopatras zur Königin von Aegypten. Wir können lächeln, aber wir lächeln nicht; wir sind vielmehr ergriffen von der Schönheit, der Farbigkeit, der Tiefe, dem Reichtum der Musik, und in ihrem Banne nehmen wir das Spiel wohl gar als eine Dichtung hin und, geadelt durch die Musik, gewinnt die Primitivität einen besonderen Reiz, den wir gern auf uns wirken lassen.

Zu dem Gelingen des Experiments trugen in hohem Maße Ausstattung und Inszenierung bei. Hans Strohbach, der Maler, und Alexander d'Arnalis, der Spielleiter, hatten die durchaus glückliche Idee, von der Haßischen, von der antiken Einkleidung der Oper abzusehen. „Aus der Musik heraus, in die Händel die Eindrücke und Empfindungen seiner Zeitepoche legte, gestaltet sich die Aufgabe der Regie, unbeirrt durch historische Vorbilder, nur im Sinne des Geistes, in dem das Werk geschaffen wurde." So erklärt sein Vorgehen der Spielleiter, und auch der Maler versucht nachzuweisen, daß die Aufführung der Oper aus dem Geiste des Barock zu entwickeln sei. Da nun Maler und Spielleiter ihre Ideen mit Phantasie und seinem Geschmack verwirklichten, so ist das Recht auf ihrer Seite. Das kleine, vorzüglich aus einem Streichkörper bestehende Orchester tat unter Franz von Hoeßlins temperamentvollem, das Wesen der Händelschen Musik sicher erfühlenden Leitung seine Schuldigkeit. Sehr bemerkenswert war das, was Dr. W. Ernst Wolff als Cembalist leistete.

Da nun auch die Sänger und Sängerinnen Vortreffliches boten, so gestaltete sich der Abend zu einem Ereignis, auf das die Große Volksoper stolz sein kann. Prächtig in der Erscheinung als flachsblond gelockter Caesar und sehr eindrucksvoll im Spiel war Wilhelm Guttmann, der sich auch im gesanglichen Ausdruck zu bisher von ihm nicht erreichten Höhen erhob. Melanie Kurts flattlische Cleopatra, Magnus Andersens interessant gestaltener Ptolomeus, die innerliche Cornelia der Eleanor Schoffhauer-Reynolds, der jugendlich aufbegehrende Septus Pompejus des Gunnar Graarud — das alles waren (mit den anderen) Leistungen, die ein erfreulich hohes Niveau hielten.

Max Marschalk.

Der neue Rektor der Technischen Hochschule. Prof. Walter Laas ist für das neue Studienjahr (Juli 1923 bis Juli 1924) zum Rektor der Berliner Technischen Hochschule gewählt worden. Prof. Walter Laas, der im 53. Lebensjahr steht, ist ein Sohn des im Jahre 1885 verstorbenen Straßburger Philosophieprofessors Dr. Ernst Laas. Nachdem er an der Berliner Technischen Hochschule sich dem Studium des Schiffbaues gewidmet hatte, war er auf verschiedenen Werften als Werftbau- und Konstruktionsingenieur tätig. 1904 wurde er an die Berliner Technische Hochschule als Lehrer für Schiffbau berufen. Er widmete sich besonders dem praktischen Handelsschiffbau und berücksichtigte dabei namentlich die Segelschiffahrt. Von seinen Werken sind u. a. zu nennen: Die großen Segelschiffe, Vermessungen der Segelschiffe, Photographische Messungen der Meereswellen. Eine Reihe von Untersuchungen, die praktische und theoretische Fragen des Schiffbaues betreffen, hat er in verschiedenen Fachzeitschriften veröffentlicht.

Richard Alexanders Beisetzung in Berlin. Die Aschenreste von Richard Alexander sind nach Berlin übergeführt worden und werden Sonnabend um 1 Uhr auf dem Jerusalemer Friedhof, Blücherstraße, beigesetzt. Die Grabstätte wird dann mit großen Trauerfeier ausgestaltet werden.

Die Darmstädter Kunstausstellung. Ueber die Darmstädter Doppelausstellung unter dem Titel „Deutsche Kunst 1923", von deren Eröffnung vor einigen Tagen wir schon kurz berichteten, schreibt unser Korrespondent: Der Titel ist für das Gebotene etwas zu allumfassend geraten; denn mindestens die Plastik ist recht spärlich vertreten. Die Graphik besser, aber auch noch dünn genug, und unter den Malern vermißt man manche schmerzlich. Anderseits paßt auch die Formel „1923" nicht durchweg. Die Schuld an diesen Mißlichkeiten mögen wohl die durch die Zeitumstände verdiesschten technischen Schwierigkeiten, darunter auch die Unsicherheit der Lage Deutschlands tragen; jedenfalls bleibt Beachtenswertes und Erfreuliches genug. Die Ausstellung verfügt über zwei Raumkomplexe: die Ausstellung am Reintor und den Dilbrichbau auf der Mathildenhöhe. Dort sind die Arbeiten der hessischen Aussteller vereinigt: mit guten Jahrbüchern, aber viel anständig Gekonntes. Es sollen vielmehr Arbeiten und lineare gleich phantasievollen Totentanzbildern Alfred Rolls, die lebendigen Landschaften und Stilleben Walter Ritzes vor allem aber das überraschend dekorative, wenn auch vielleicht nicht wie minder gutem Sinn) aufs Theatralische weisende Bildnis Paul Westheims. Die allgemein-deutsche Ueberschau auf der Mathildenhöhe dürfte für Berlin im wesentlichen nichts Neue bieten. München ist numerisch stark im Nordeutschen vertreten: Dorrigo, Hofer, Pfretzschner vornehmlich. Unter den Nordeutschen haben Hofer und Pechstein mit guten Proben ihres Könnens heraus. Ein Beiwerk „Moderner Kunst" leisten sich Rieß und Kandinsky. Ein vielumstrittene kritische Plakateur Otto Dix fehlt nicht. Es kommt mal wird das von Wilhelm Michel im Vorwort genannte „Ziel" des Unternehmens an vollkommenstes erreicht: die Kunst lesbar zu machen. Aber freilich bilden die Gesamteindruck dieser Erscheinung wie dieser die Zweifel am Sinn und Zweckmäßigkeit der Zeitverhaftung der Kunst neu und heftig.

L. M.-G.

Kammermusikwoche in Frankfurt a. M. Die Kammermusikwoche „Neue Musik", die vom 17. bis 25. Juni 1923 in Frankfurt a. M. stattfindet, werden sieben Konzerte eines Ueberblick über das Schaffen der gegenwärtigen Tonkunst geben: außer Ernst Krenek, Franz Schreker, Alois Hába und Paul Erdmann, Francesco Busoni, Casimiro Ro Sedesco, Paul Hindemith, Igor Strawinsky und Arnold Schönberg weiterhin Herbert Windt, Bartolomeo Bartok, Petersen, Wolpe, Jemnitz, von Webern, Hoff, Steinberg, Lendvai, Geiles, Weinert, Delius u. a. Die gesamte Musikalische Leitung liegt in Händen von Hermann Scherchen. Auskünfte sind an den Verwalter des Saalbaues, Brendel, Jungheinrich 30, zu richten.

Aus den Theatern. Im Deutschen Opernhaus gastiert morgen, 10. Juni, Mafalda Salvatini als Marsha in „Zigeuner" Alexander Kipnis singt erstmalig nach seiner Rückkehr aus Amerika Donnerstag, 7. Juni, den Sundbaken in „Fernhaber".

Im Theater i. d. Kommandantenstraße wird in der ersten 6. Juni stattfindenden Erstaufführung von „Tauroggen" von Max Mellin Doetscher die Rolle des York von Ferdinand Gregori gespielt.

Die Charlottenburger Volksbühne veranstaltet Freitag, 8. Juni, 8 Uhr, im Theater des Ost, Berliner Straße, eine Aufführung der Romantische „Die Tängerin" von Lengyel mit Ellen Frey in der Titelrolle.

Rose Feldtbusch hat bei einem Gastspiel als Madonne in Hebbels „Agnes von Bernauer" und „Ein Ring" im Bodenbrenner Kurtheater, wie uns von dort berichtet wird, reiche Anerkennung gefunden.

Dorothea Thiel, Mitglied des Deutschen Theaters, ist für die kommende Wintersaison an das Schauspielhaus in Zürich verpflichtet und von Direktor Hollaender auf acht Monate beurlaubt worden.

Vortragsabende. Else Beyer liest Donnerstag, 7. Juni, abends 8 Uhr, in der Buch- und Kunsthandlung Reuß u. Pollack aus Dichtungen von Siegfried Jacobsohn.

Antwort aber wies er darauf hin, daß man derartiges, daß man nämlich Hilfe angeboten bekomme, nur von Deutschland erlebe. Dem Vorsitzenden ist das ein Beweis, daß Fuchs um das schließliche Ziel der Verschwörung, die Zertrümmerung Deutschlands, genau Bescheid wissen mußte. Fuchs leugnet das.

Es wurde dann nach von den Kräften gesprochen, die Fuchs zur Verfügung gestanden hatten. Fuchs erwartet, daß sich an der Donau gegen Nordbayern hin eine Art Grenze bilden würde. Aber Hitler hatte ja oft betont, daß auch eine kleine Aktion zur Unterdrückung Frankreichs genügen würde. Diese Hintergedanken lehnt Fuchs ab, und er will damit nur gesagt haben, daß die Spannungen zwischen Nord- und Südbayern im Augenblick des Beginnes der Aktion eine Spaltung im Lande hervorrufen würden. Fuchs wollte nach seiner Erklärung überhaupt keinen Putsch, denn nach Hitlers Angabe habe Frankreich an der Niederwerfung des Bolschewismus in Deutschland kein Interesse. Nach Hitlers Abreise habe Fuchs neuerliche Geldmittel von Frankreich zu, im ganzen 1½ Millionen. Dennoch war wenige Tage nachher die Kasse wieder leer.

Die Arbeiter-Zuniflöhne.

Einigung auch mit den Beamten.

Heute nacht um 2 Uhr fand im Reichsfinanzministerium die Besprechungen zwischen den Vertretern des Reichs und der Gewerkschaften über die Erhöhung der Arbeiter-Juni-Löhne in Preußen und im Reich zu Ende gegangen. Die Besprechungen nahmen viele Stunden in Anspruch und es schien zunächst, als ob eine Einigung nicht zu erzielen sei. Man kam dann spät abends wieder zu einer zweiten Sitzung zusammen, die zu einer vorläufigen Vereinbarung geführt hat. Im allgemeinen sind die Löhne der Arbeiter um rund 60 v. H. erhöht. Der Frauen- und Kindergrundlohn ist auf 150 M. erhöht worden. Für die einzelnen Lohnklassen gelten folgende Stundenlöhne festgesetzt worden. Der Arbeiter erhält:

Gruppe I	170 M.
Gruppe II	2[illegible]0 „
Gruppe III	[illegible] „
Gruppe IV	[illegible] „
Gruppe V	[illegible] „
Gruppe VI	[illegible] „
Gruppe VII	[illegible] „

Jugendliche und weibliche Arbeiter erhalten einen Stundenlohn von 1371 Mark.

Im Anschluß an diese Besprechungen wird in den nächsten Tagen die Ortslohnzuschläge verhandelt. Wegen der allgemeinen Lenerung die sich ziemlich plötzlich vollzogen hat, das gesamte Reich erstreckt, will man diese Zuschläge um [illegible] Prozent erhöhen von 70 v. H. festsetzen.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium haben heute auch wegen der Bezüge der Beamten und Angestellten zu einer Verständigung geführt. Ab 1. Juni soll der Teuerungszuschlag 2000 v. H., der Frauenzuschlag 32 000 Mark betragen.

Streik bei der Hochbahn. Infolge eines [illegible] bei dem Hochbahnkraftwerk mußte der Betrieb des Kraftwerkes gegen ½2 Uhr eingestellt werden.

Wesentliche Erhöhung der Postgebühren. Der Postbeirat wird sich heute mit einer neuen Postgebührenordnung zu beschäftigen haben, die eine wesentliche Erhöhung der einzelnen Porti bringt. Das Porto beträgt für eine Postkarte im Ortsverkehr 100 M., im Fernverkehr 200 M.; Briefe im Ortsverkehr bis 20 Gr. 200 M., bis 50 Gr. 300 M., bis 250 Gr. 400 M., bis 500 Gr. 500 M.; in Fernverkehr betragen diese Sätze 400 bzw. 500 bzw. 600 bzw. 700 M. Drucksachen bis 25 Gr. 100 M., bis 50 Gr. 200 M., bis 100 Gr. 300 M., bis 250 Gr. 400 M., bis 500 Gr. 500 M., bis 1 000 M., bis 2 Kg. 700 M. — Für Telegramme beträgt die Grundgebühr 200 M., die Grundgebühr 500 M. für Orts- und Postgramme beträgt die Wortgebühr 125 M., die Grundgebühr 250 M. — Für Fernsprechgespräche wird der Tarifzuschlag von 2000 v. H. (Dreißigfache des Friedenssatzes) auf 20 000 (Zweihundertzehnfache) erhöht; dies entspricht also einer Verzehnfachung des bisherigen Gebührensatzes. Ein Ortsgespräch kostet danach 210 M.

Die Sätze sollen am 1. Juli in Kraft treten. Mit der Annahme dieser Sätze durch den Postbeirat ist bestimmt zu rechnen, da diese Sätze auf einem Dollarstand von 22 000 aufgebaut sind.

Wichtig für die Mieter — Versammlungen. Ueber das Verhältnis zwischen Hauswirt und Mieter gibt Illustrierteninstitut 24 genaue Auskunft, ob es sich um die Miete, die Instandsetzungsarbeiten oder sonstige Angelegenheiten handelt. Die Beschaffung dieses Illustrierten kann daher nur dringend empfohlen werden. Preis [illegible] Mark im Straßenhandel und in allen Illustrierten-Filialen der [illegible] Zeitung".

Milbeverdächtige Leiche. Ein Leichenfund im Walde von Oranienburg ist jetzt [illegible] langen Bemühungen von der Berliner Kriminalpolizei [illegible] worden. Man hatte dort einen unbekannten Mann [illegible] und, der durch zwei Schüsse getötet worden war. Dieser [illegible] Förster in der Nähe von Oranienburg auf Wilderer [illegible]. Es kam zu einem Feuergefecht, wobei ein Wilderer [illegible] zusammen. Der andere schoß die Schießerei aber fort [illegible] Förster schließlich gezwungen waren, sich zurückzuziehen und aus Oranienburg Polizeihilfe zu holen. Als man [illegible], fand man den einen Wilderer tot auf. Es handelte sich [illegible] einen Arbeiter Havenstein aus Berlin, der zusammen mit [illegible] dem Schlosser Engel eine kleine Jagd gemacht hatte. [illegible] Havenstein gegangen und hatte ihr gezeten, die Papiere [illegible] Förstschen ihres erschossenen Mannes zu holen. Merkwürdigerweise [illegible] daß Frau Havenstein nicht selbst ging, sondern zwei jungen [illegible] schickte und ferner der Polizei keine Angaben über den Verbleib ihres Mannes machte. Die weiteren Feststellungen der Polizei ergaben, daß Havenstein nicht durch die Schüsse des Försters getroffen sein kann, da diese aus weiter Entfernung gefeuert wurden, der tödliche Kopfschuß aber aus nächster Nähe abgegeben sein muß. Engel wurde verhaftet, da der Verdacht bestehe, daß er einen Freund durch einen Nahschuß getötet hat. Da man bei den Toten weder Papiere noch Geld mehr vorfand, so nimmt man an, daß Engel den Toten ausgeraubt hat. Frau Havenstein wurde ebenfalls verhaftet.

Zuckerpreis-Grundzahl × 4200. Die Schlußfestzahl für den Zuckerhandel ist vom Vorstand des Börsenvereins der Deutschen Buchhändler auf 4200 erhöht worden.

Walter Bloem ist der Vortragende des dritten Jugendgedächtnisabends, der Sonnabend, den 9. Juni 1923, abends 8 Uhr, in der Aula des Fall-Realgymnasium, Berlin W, Bülowstraße 48c, stattfindet. Karten zu 1000 M. beim Hauswart der Anstalt und an der Abendkasse.

Wieder Alarmsignale am Potsdamer Platz. Versuche der Berliner Verkehrspolizei, den Fahrbetrieb am Potsdamer Platz nur durch Signale mit den Händen der Polizeibeamten zu regeln, haben sich nicht bewährt. Der aufsichtsführende Verkehrspolizist in der Mitte des Potsdamer Platzes wird seine Signale wieder durch das Alarmhorn blasen.

Deutschlands Devisenbesitz.

Die Markstützung.

Nach eintägiger Pause trat heute vormittag der Untersuchungsausschuß des Reichstages über den Zusammenbruch der Markstützungsaktion unter dem Vorsitz des Zentrumsabgeordneten Lange-Hegermann wieder zu einer öffentlichen Sitzung zusammen. In der Zwischenzeit waren unter Ausschluß der Oeffentlichkeit zwei Sitzungen abgehalten und wichtige Vernehmungen vorgenommen worden. Aber man hat wohl inzwischen erkannt, daß die bisherige Methode der nichtöffentlichen Sitzungen nicht gerade geeignet ist, das Vertrauen der Bevölkerung zu der ganzen Untersuchung zu fördern. Um nicht den Anschein aufkommen zu lassen, als wolle man irgendetwas vertuschen, wurden daher zu Beginn der heutigen Sitzung die Herren, die in der Zwischenzeit vernommen worden waren, noch einmal gehört.

Als erster erhielt Bankier Loeb vom Hause Mendelssohn das Wort. Er führte aus, als die Stützungsaktion begonnen wurde, sei man auch von vornherein darüber klar gewesen, daß der Versuch, den Dollarkurs durch technische Mittel herunterzudrücken, nur eine gewisse Zeit Aussicht auf Erfolg biete. Für den Beginn einer solchen Aktion, so erklärte Bankier Loeb ausdrücklich, war der Augenblick des Beginns der Stützungsaktion der denkbar ungünstigste. Jede Hoffnung, die öffentliche Meinung angesichts der politischen Lage zu beeinflussen, erschien ausschlossen. Man mußte daher den Goldmark: unter Druck halten, d. h. vom Standpunkt der Reichsbank aus bei der Diskontierung von Wechseln sich größte Beschränkung auferlegen und vom Standpunkt des Reiches aus die Ausgaben für die Ruhrhilfe aus äußerste einschränken. Die Wirkung, daß Devisen nicht nur nicht gehamstert wurden, sondern im Februar unter dem Druck der Goldknappheit sogar von der Wirtschaft abgegeben werden mußten. Es trat eine Periode der latenten Zahlungsunfähigkeit weiter Kreise ein.

Im März machte sich ein Nachlassen der Goldknappheit bemerkbar. Dazu aber trat ein anderes Moment; das Vertrauen der Bevölkerung auf die relative Dauer der Stützungsaktion. Dieses Moment hielt an bis zu dem Augenblick, wo der Mißerfolg der Goldschatzanleihe bekannt wurde, nämlich bis zum 28. März. Von diesem Termin ab fing man wieder an, sich Devisen anzuschaffen für den gegenwärtigen Bedarf und normalerweise für den Bedarf der nächsten Zeit. Er stimme, so erklärte Herr Loeb, mit Havenstein nicht ganz darin überein, daß zu große Vorratskäufe an Devisen vorgenommen worden sind. „Man kann nicht einmal von einer Bank sprechen, sondern nur von einer ziemlich natürlichen Reaktion." Zur Erläuterung seines Standpunktes gibt der Bankier eine Uebersicht über die umlaufenden Zahlungsmittel, das sind Reichsbanknoten und fremde Gelder der Reichsbank, und ihr Verhältnis zu dem Goldbestand der Reichsbank. Dabei ergibt sich, daß der gesamte Umlauf der Reichsbank an Noten und der gesamte Goldbestand am 31. Januar 2746 Milliarden betrug, und damit nach dem damaligen Kursstand der Mark nur 22,6 v. H. des Reichsbankgoldes ausmachte. Bis zum 14. April, also bis zum Zusammenbruch der Markstützungsaktion, hatten sich die Umlaufsmittel der Reichsbank so gesteigert, daß sie nunmehr 178 v. H. des Reichsbankgoldes betrugen. Die Inflation war, nach Ansicht Loebs, im Zusammenhang mit der Ruhrhilfe unaufhaltsam.

Sodann gibt **Staatssekretär Bergmann** eine kurze Erklärung ab. Auch er schreibt die Vorgänge vom 18. April einer ganz natürlichen Entwicklung zu, weil die Finanzlage des Reiches den Kauf genommen habe, den sie nach der politischen Situation nehmen mußte.

Geheimrat Lippert, der Staatskommissar an der Berliner Börse, weist darauf hin, daß die Rede des Reichsaußenministers v. Rosenberg besonders in Frankreich einen Widerhall gefunden habe, der das Vertrauen des Auslandes zum Kurs der Mark schwächte. Weiterhin äußert er sich über die Börsenlage in den kritischen Apriltagen. Nach seinen Beobachtungen nahm die Aufwärtsbewegung der fremden Devisen nicht von Berlin ihren Ausgang, sondern von den Börsen in Amsterdam und London.

In den Nachmittagsstunden des 18. April sei die Mark an der Börse in Amsterdam weit stärker gefunken, als es der Berliner Parität entsprochen hätte.

Fragen und Antworten.

An die Vernehmung dieser Herren schließt sich ein ausgiebiges Frage- und Antwortspiel zwischen den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses und den geladenen Zeugen. Auf eine Frage des Abgeordneten und früheren Reichswirtschaftsministers Robert Schmidt macht Reichsbankpräsident Havenstein einige Angaben über die Devisenbestände der deutschen Wirtschaft. Nach seiner Schätzung betragen die Devisenbestände in Deutschland höchstens zwei Milliarden Goldmark. Nach dem augenblicklichen Kursstande der Mark wäre das der fünffache Betrag des gesamten deutschen Notenumlaufs und etwa das zwölffache sämtlicher Kreditorenkonten bei den deutschen Banken, die nach Havensteins Berechnungen etwa drei Billionen Papiermark betragen.

Der Abg. Schmidt macht ferner auf die beträchtlichen Devisenbestände aufmerksam, die in den Bilanzen der Berliner Handelsgesellschaft und der Privat- und Kommerzbank für 1922 ausgewiesen worden sind. Bankier Loeb antwortet, die 33 Millionen Goldmark, die in Form von Devisen bei diesen beiden Banken eingezahlt worden sind, seien eine relativ so geringfügige Summe, daß er nicht glaube, das sich in ganz Deutschland für zwei Milliarden Goldmark Devisenbestände befänden. Er selbst schätzt den Devisenbestand nur auf eine Milliarde Goldmark, wozu dann freilich noch eine halbe Milliarde Goldmark aus ausländischen Noten kämen. Abg. Herz macht auf die Tätigkeit der Markverwertungsgesellschaften im Ausland aufmerksam. So sei ihm ein Fall bekannt geworden, daß die Firma Mortimer Gibbs u. Co. in London für 10 Millirden Papiermark gegen eine 90prozentige Devisenunterlage zu 7 v. H. Zinsen im Monat auf drei Monate geliehen hätte. Da der anwesende Bankier Loeb sich zu dieser Angelegenheit nicht äußern kann, wird die Devisenfrage auf eine weitere Sitzung zurückgestellt.

Darauf geht man über zu den viel kritisierten Krediten der Reichsbank. Reichsbankpräsident Havenstein bleibt bei seinem schon in der vorigen Sitzung dargelegten Standpunkt, daß die Reichsbank in der Gewährung von Krediten sehr zurückhaltend gewesen sei. In den sechs Wochen der Stützungsaktion, in denen das Reich die Reichsbank mit 4 Billionen Mark in Anspruch genommen hat, sind an die deutsche Privatwirtschaft nur 1½ Billionen Papiermark ausgeliehen worden.

Abg. Schmidt wendet sich darauf an den Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn mit der Frage, welches Ergebnis die Kontrolle über die am Devisenhandel beteiligten Kreise auf Grund der Devisenordnung vom Oktober 1922 gezeitigt habe. Präsident v. Mendelssohn antwortet, daß eine Reihe von Fällen, in denen Verfehlungen vorgekommen sind, festgestellt wurden und eine Bestrafung vorgenommen worden ist. Ueber die Wirkung der neuen Devisenordnung lägen abschließende Mitteilungen noch nicht vor. Verfehlungen sind bisher nicht bekannt geworden.

Im Anschluß hieran kommt es zu einer höchst merkwürdigen Debatte. Der Abg. Dr. Herz beantragt eine Erklärung über die Fälle, bei denen Verfehlungen gegen die Devisenordnung festgestellt worden sind. Seltsamerweise erklärt sich über Vorsitzende, Lange-Hegermann, und anfangs auch Abg. Dernburg dagegen, daß hierüber in öffentlicher Sitzung verhandelt würde, und es bedarf eines neuen Vorstoßes des Abg. Dr. Herz, um zu erreichen, daß die zuständigen Stellen aufgefordert werden, bis zur nächsten Sitzung das Material über die inkriminierten Fälle vorzulegen. Im weiteren Verlauf verliert sich die Debatte immer mehr in Einzelheiten und Vorgänge, die nicht mehr als historisches Interesse beanspruchen können.

Französische Separations-Propaganda.

Aus dem Rheinland meldet das W. T. B.: „Die Bestrebungen amtlicher französischer Kreise, die auf die Errichtung der rheinischen Republik abzielen, haben sich in der letzten Zeit außerordentlich verstärkt. So wird jetzt der Versuch unternommen, diese Propaganda in die Kreise der Düsseldorfer Beamtenschaft, und zwar sowohl der staatlichen wie der kommunalen, hineinzutragen. Als Lockmittel wird unter anderem gebraucht, daß Düsseldorf Sitz der Regierung sein würde. Die Düsseldorfer Beamten würden, da sie in der Zentralbehörde arbeiteten, das Gehalt einer höheren Gruppe erhalten. Es wird weiter versucht, Listen in der Düsseldorfer Beamtenschaft in Umlauf zu bringen, in denen der einzelne Beamte durch Unterschrift sein Einverständnis erklärt, im Falle der Ausrufung der rheinischen Republik seinen Dienst weiter zu versehen.

In der gleichen Richtung bewegt sich auch die französische Pressepropaganda. Die Franzosen beabsichtigen, in der nächsten Zeit außer dem „Echo du Rhin" und dem „Deutschen Nachrichtenblatt" eine eigene größere Zeitung in deutscher Sprache herauszubringen, die in Düsseldorf gedruckt werden soll. Die Zeitung soll als Morgenblatt in einer Auflage von 50 000 Exemplaren erscheinen. Die Besatzungsbehörde hat für den Zweck der Herausgabe dieser neuen Propagandazeitung die Druckerei des Düsseldorfer Zentrumsblattes „Düsseldorfer Tagesblatt" beschlagnahmt.

Außer dem „Düsseldorfer Tagesblatt", das infolge dieser Maßnahme nicht erscheinen kann, sind die volksparteilichen „Düsseldorfer Nachrichten" sowie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" verboten, so daß Düsseldorf augenblicklich ohne bürgerliche Zeitungen ist. Da die Berliner Blätter sämtlich und von den größeren rheinischen Blättern die „Kölnische Zeitung", die „Kölnische Volkszeitung" sowie die „Frankfurter Zeitung" ebenfalls verboten sind, so ist ein Zustand geschaffen, durch den die Franzosen die Vorbereitung ihrer separatistischen Bestrebungen zu fördern hoffen."

Zwei jugendliche Mörder vor Gericht. Vor dem Schwurgericht I sind heute zwei ehemalige Fürsorgezöglinge Jaedicke und Dierbach wegen Mordes angeklagt. Sie haben im Oktober 1922 eine Prostituierte, Frau Olga Witt, in der Mohmannstraße erwürgt und beraubt. Gelegentlich eines Besuches stielen sie ihr Geld, würgten sie und fesselten sie ans Bett. Darauf raubten die Angeklagten die Habseligkeiten der Frau. Später bekam Jaedicke anscheinend Gewissensbisse, denn er stellte sich selbst der Polizei und gab seinen Mitangeklagten als Mittäter an. In der heutigen Verhandlung sind die Angeklagten geständig, bestreiten aber, die Absicht der Tötung gehabt zu haben. Sie hätten nur eine Beraubung geplant und wären selbst erschrocken gewesen, als Frau Witt durch den Würgegriff nach ihrem Halse tot blieb. Die Angeklagten suchen sich gegenseitig die Hauptschuld zuzuschieben.

Vier Todesopfer eines Autounglücks

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Beuthen, 5. Juni.

Wettermeldungen aus Antonienhütte zufolge kam am Sonntag nachmittag ein mit 8 Personen besetztes Auto in der Nähe des Dominiums, Groß-Paniow auf der abschüssigen Straße zwischen Orzesche und Paniow vermutlich infolge Ueberlastung ins Rutschen und fuhr gegen einen Baum, wobei die Beleuchtung ausging. Als der Schoffer wieder auf die Fahrstraße kommen wollte, fuhr er erneut gegen einen Baum. Durch den zweimaligen wuchtigen Anprall wurden sämtliche Insassen aus dem Auto geschleudert: vier wurden sofort getötet und drei schwer verletzt, wogegen der Schoffer mit geringen Verletzungen davonkam. Das Auto ging vollständig in Trümmer.

Hoppegarten.

Mittwoch, 6. Juni, 3 Uhr.

1. Koskel — Galan.
2. Gelbull — Maifriedorf.
3. Dorian — Celiane.
4. Chrysolith — Nicotin.
5. Rustles — Ischiba.
6. Alard — Sardanapal.
7. Claudius — Sonnenkönig.

Wettervorhersagen für Berlin und Umgegend. Zeitweise heiter, aber noch kühl und veränderlich, mit leichten Niederschlägen und ziemlich frischen nordwestlichen Winden.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedmann

Beilage zu Nummer 262 — Dienstag, 5. Juni 1923, abends

Italienischer Börsenbrief.

Von unserem ständigen Mitarbeiter.

*** Triest, 31. Mai.**

An den italienischen Börsen hat auch in der abgelaufenen Woche die rückgängige Kurstendenz vorgeherrscht. Die gegenwärtigen Preisrückgänge sind im wesentlichen als Reaktionserscheinung der starken Preiserhöhungen im April und zu Anfang Mai aufzufassen. Es gelangen jetzt zahlreiche Hausse-Positionen zur Lösung, die nicht gehalten werden konnten. Die Reportsätze sind infolgedessen in den letzten Tagen für private Titres und auch für Staatswerte von 7 auf 7½ pCt. erhöht worden. Auf die Kursbewegung haben auch die Schwierigkeiten der inneren Politik Italiens und namentlich die Gegensätze innerhalb der faszistischen Partei einen stärkeren Einfluß ausgeübt, wenn auch dieser Moment bei der Beurteilung der gegenwärtigen Börsensituation nicht überschätzt werden darf. Hervorgehoben muß auch werden, daß von der rückgängigen Kursbewegung nicht alle Werte erfaßt wurden und daß beispielsweise die Eisenbahnpapiere infolge der günstigeren Aussichten bei der Verpachtung der Staatsbahnen und Zuckerfabriken, mit Rücksicht auf die hohen Weltmarktpreise für Zucker, sogar gebesserte Kurse aufweisen.

Von dem Plane, eine Untersuchung gegen die Urheber der gegenwärtigen Preisrückgänge einzuleiten, scheint die Regierung wegen der zahlreichen Einwendungen von maßgebenden italienischen Finanzpolitikern abgekommen zu sein. Diese haben hauptsächlich darauf hingewiesen, daß jede künstliche Beeinflussung der Kursbewegung durch staatliche Behörden nicht nur schon aus Gründe als äußerst schädlich erweisen würde, weil sie das Vertrauen des Auslandes in die Börsenkurse als natürliches Mittel zwischen Angebot und Nachfrage erschüttern müßte. Namentlich bei dem Staatskurs sei an künstliche Manöver von Spekulanten nicht zu denken, da schon die Ankündigung der Ausgabe neuer Titres der öffentlichen Schuld, mit welchen die Kriegsschäden zu bezahlen seien, einen Druck auf den Kursniveau der übrigen Staatswerte auszuüben müsse.

In engen Zusammenhang mit der Tendenz der Effekten steht naturgemäß die Bewegung der Devisenkurse. An den italienischen Börsen hat sich namentlich in den letzten Tagen der aufsteigende Richtung der Devisenkurse verschärft, wobei allerdings zu bemerken ist, daß sich der Kurs des französischen Franken in ungefähr dem gleichen Ausmaß erhöht hat, als sich das Pfund Sterling in Paris befestigt hat.

Die Mitteilungen, daß sich die italienische Handelsbilanz in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres wieder etwas verschlechtert hat, bilden ohne weiteres stärkere Wirkung als die Auffassung der finanziellen Gesamtsituation, die diese Verschlechterung hauptsächlich durch größere Importe von industriellen Rohstoffen hervorgerufen wurde.

Eine dritte belgische Wiederaufbauanleihe. Wie dem „Echo de Paris" aus Brüssel gemeldet wird, hat die belgische Cooperative für die Kriegsschäden ihre dritte Anleihe von einer Milliarde Franken ausgeschrieben. Diese Anleihe sei bereits überzeichnet und es mußten echt starke Beschränkungen vorgenommen werden, um allen Zeichnern, die einen Bruchteil der von ihnen gezeichneten Anteilscheine zukommen zu lassen.

Umrechnungskurse für die Berechnung der Ausfuhrabgabe. (Gültig für die Zeit vom 6. bis 12. Juni.) Holland 34 100, Buenos Aires P. 21 400, Buenos Aires G. 48 500, Belgien 3500, Norwegen 10 300, Dänemark 11 300, Schweden 16 200, Finnland 1700, Italien 3900, London 280 000, Amerika 60 000, Frankreich 6000, Schweiz 11 000, Sudan 5200, Deutschösterreich 0.85, Prag 1900, Ungarn 11, Bulgarien 620, Rumänien 280, Jugoslawien 740, Luxemburg 3500, Japan 29 200, Rio de Janeiro 6000, Polen (Warschau) 1—, Mexiko, Goldpeso 33 600, Lettland 240, Estland 1750, Island 14 800, Malta 3 Eigentum der Stadt Berlin übergegangen sind. Darüber, ob die Bausteile in der Neuen Friedrichstraße zugeschüttet oder der Tunnel ganz oder teilweise zugeschüttet werden soll, schweben noch Verhandlungen, ebenso über die Streitigkeiten wegen der Unterhaltungspflicht des Pflasters auf den wiederhergestellten Straßen; es wird versucht, die Differenzen durch einen Vergleich beizulegen.

Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten. Der Verein hielt in diesen Tagen im Umkreis befindlichen Mitgliederversammlung ab. Der über das 20. Geschäftsjahr erstattete Geschäftsbericht ließ die vielseitige Tätigkeit des Vereins auf allen Gebieten des Werkzeugbaues erkennen. Nach der Eröffnungsansprache des Vorsitzenden Dr.-Ing. e. h. W. Reuter, Generaldirektors der Deutschen Maschinenfabrik A.-G., und nach Ansprachen von Vertretern der Behörden und von Ehrengästen erstattete Dr.-Ing. ter Meer von der Hannoverschen Maschinenbau-A.-G. das Wort zu seinem Vortrage über die Wirtschaftsfrage des deutschen Maschinenbaues. Die Bedeutung des deutschen Maschinenbaues ist bekanntlich hauptsächlich bei ihm Beschäftigten, die auf etwa 700 000 bis 800 000 Menschen geschätzt werden, hinaus, weil er allen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens die Maschinen und Werkzeuge liefert, um ihren Belangen unter Aufwendung der geringsten Mittel an Material und Menschenkraft gerecht zu werden. Das innere Absatzgebiet des Maschinenbaues ist durch den unglücklichen Ausgang des Krieges und den damit verbundenen Gebietsverlust Deutschlands erheblich eingeschränkt worden, weshalb er sich mit vermehrter Kraft der Auslandsarbeit wendet. Der Einfluß, den die Geldentwertung auf die gesamte Volkswirtschaft ausübt, macht sich im Maschinenbau besonders bemerkbar, weil bei ihm Aufträge, die sich über viele Monate erstrecken, die Regel bilden und daher die Fragen, die mit der Preisbildung und Zahlung zusammenhängen, außerordentlich schwierig und kompliziert gestalten. Die Leistungen begegnet die einwandfreie Feststellung der Selbstkosten und Bilanzen. Die gegenwärtigen Schwierigkeiten des Absatzes können nur durch weitere Vervollkommnung der Betriebsmittel, Preisverbilligung und Verbilligung der Ware behoben werden. Deshalb sind die Fragen der wirtschaftlichen Fertigung von ausschlaggebendem Einfluß. Auf dem Gebiete der Selbstkostenermittlung, der Selbstkostenberechnung und der Bilanzierung liegen Aufgaben vor, deren Lösung zur Entlastung der Einzelfirmen und zur Vermeidung von Mehrfacharbeit Sache der Fachverbände ist. Die Ausbildung des technischen Nachwuchses erfordert eine ununterbrochene Aufmerksamkeit und immer erneute Unterstützung durch Geld- und Unterrichtsmittel aus der Praxis. Alle diese Wirtschaftsfragen harren zum großen Teil noch der Antwort.

Umschwung am Getreidemarkt.

In Uebereinstimmung mit der Entwicklung der Devisennotierungen setzte die heutige Berliner Produktenbörse mit einer ausgesprochen flauen Tendenz ein. Die Provinz kam mit stärkeren Angeboten auf den Markt, trug jedoch Bedenken, den völlig veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und konnte sich nur schwer zu einer angemessenen Ermäßigung ihrer Forderungen entschließen. Auf der anderen Seite zeigte der Handel, speziell beim Brotgetreide, größte Zurückhaltung, um nicht in Gefahr zu laufen, vor den Preis besonders vorteilhaft erschien. So mußten die Preise gegenüber den letzten Notierungen sehr erheblich zurückgehen. Als sich dann gegen Schluß der Börse eine Kursbesserung bei den Devisenkursen bemerkbar machte, profitierte hiervon auch die Haltung der Produktenbörse und die Tendenz konnte sich etwas erholen, indessen blieb die Stimmung unsicher, und die Unsicherheit bewegt sich in engsten Grenzen.

Am Frühmarkt notierte: Hafer 80—82 000, Roggenmehl 50 000 bis 53 000.

Rauhfutter. (Bericht der Preisnotierungskommission für Rauhfutter.) Großhandelspreise per 50 kg ab nächstgelegener Station: drahtgepr. Roggen- u. Weizenstroh 26—28 000, do. Haferstroh 23 000 bis 27 000, do. Gerstenstroh 22—26 000, Roggenlangstroh 24—26 000, bindfadengepr. Roggen- u. Weizenstroh 23 500—25 500, lose Krummstroh 19—22 000, Häcksel 29 500—30 000, bindfadengepr. Heu 21—23 000, gutes Heu 25—28 000.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 5. Juni.

Produkte	50 Kilogr. in bar bezahlt			Produkte	50 Kilogr. in bar bezahlt	50 Kilogr. in Mark frei Haus	
Weizen, märk.	112—115000	133—135000		Vikt.-Erbs	120—135000	125—145000	
pomm.	—	—		Kl. Speise-	80—100000	100—105000	
schles.	—	—		Futter-	80000	85000	
Roggen, märk	92000—94000	110000		Peluschken	80—100000	105—110000	
pomm	—	—		Ackerbohn	80000	85000—95000	
schles.	—	—		Wicken	100—120000	110—125000	
westpr.	—	—		Lupinen	115—120000	130—135000	
Gerste, Sommer	86000—90000	90000—96000		do. gelbe	140—150000	150—160000	
Winter	—	—		Seradella	220—230000	230—240000	
Hafer, märk.	78000—80000	80000—82000		Rapskuchen	87—34000	33000—36000	
pomm.	79000—80000	80000—82000		Leinkuchen	130000	140—145000	
Mais loko Berlin	85—86000	102—103000		Trockenschnitzel			
Weizenmehl	70—73000	102—108000		Kartoffelflocken	30000	35000	
Roggenmehl*)	33—38 000	370—41000		Vollsaftsüß.			
Rotmehl*)	270—36000	300—35000		Schnitzel	45000	50000—51000	
Weizenkleie*)	52—53000	57000		Kartoffel-			
Roggenkleie**)	—	57000		flocken	46—49000		
Raps**)	235000	240000		Torfstreu			
Leinsaat**)	—	240000		Mischg. 30/70	27000	57000—58000	

*) 100 kg. **) 50 kg brutto einschl. Sack. †) ab Station.

Tendenz: Getreide, Mais, Kleie und Mehl matt, später fester, Oelfrüchte matter.

Kartoffelnotierungen: Weiße und rote 6000, gelbfl. 7000.

Metallpreise in Berlin (für 1 kg in Mark)

	5. Juni	4. Juni
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung f. die deutsche Elektrolytkupferraffi)	21145	18710
Original-Hüttenzinn in Barren, Feinzinn	16939.29	17280.05
Raffinadekupfer, 99—99.5 pCt. . . . 1 kg in Mk.	19000—20000	22000—23000
Original-Hüttenaluminium, 98—99 pCt. . . do.	7500—8500	8000—9000
Hütten-roh-zink, Preis im freien Verkehr . do.	6400—8600	8600—9600
Remelted Plattenzink . . . . . do.	7300—7500	8400—9600
Original-Hüttenaluminium, 98.99 pCt. . do.	26000—28000	28000—30000
do. do. in Walz- od. Drahtbarren do.	23000—25000	26000—28000
Banka-, Straits-, Australzinn . . . . do.	60000—61000	60000—61000
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt. . . do.	65500—68500	68000—69000
Reinnickel . . . . . do.	36000—38000	41000—42000
Antimon-Regulus . . . . . do.	7800—7800	8700—8800
Silber in Barren ca. 900 fein . . . do.	1310—1340000	1480—1500000

Notierungen d. Berl. Metallbörse

Geschäftsberichte.

Plauener Bank. Gewinn aus Zinsen und Wechseln im Geschäftsjahre 1922 45.33 (i. V. 4.9) Mill. M., Provisionseinnahmen 46.43 (8.72) Mill. M., Gewinne auf Effekten und aus Gemeinschaftsgeschäften 21.27 (1.06) Mill. M., Gesamtertrag am 84.09 (7.06) Mill. M., bleibt Reingewinn einschließlich Vortrag 29.8 (3.47) Mill. Mark. Hiervon zur Reservefonds II 13.5 Mill. M. (i. V. 620 000 Mark Zuweisung zu diesem Reservefonds) für Wohlfahrtszwecke 3.4 Mill. Mark (100 000), 30 pCt. Dividende auf 20 Mill. M. und 25 pCt. auf 10 Mill. Mark (i. V. 15 pCt. auf 10 Mill. M.). Vortrag auf neue Rechnung 384 496 (347 457) M. Der Gesamtumsatz stieg von 11,26 Milliarden auf einer Seite des Jahresabschlusses auf 105,46 Milliarden M.

Süddeutsche Immobilien-Gesellschaft A.-G., Frankfurt a. M. Gewinn aus Grundstücksverkäufen, Beteiligungen, Effekten, Zinsen, Mieten usw. im Rechnungsjahre 1922 12.59 Mill. M. (i. V. 2.09). Hiervon Vortrag aus 1921 401 456 M., dagegen Geschäftsunkosten 4.86 Mill. M. (368 952 M.), Steuern 3.35 Mill. M. (235 642 M.), bleibt nach Verrechnung einiger weiterer kleinerer Ausgabeposten Reingewinn 4.71 (1.12) Mill. M. Hiervon zum Reservefonds 215 604 Mark. Aufsichtsratsvergütungen 1 (0) Mill. M. und 20 pCt. Dividende auf 10.2 Mill. M. Aktienkapital, Vortrag auf neue Rechnung 434 103 M. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre eine größere Zahl von Häusern in Hessen und Tersteie abgeschlossen, welche bis zum Jahresschluß zum größeren Teil wieder mit Gewinn abgewickelt worden sind. Mit dem Verkauf ihres eigenen aus der Vorkriegszeit stammenden Grundbesitzes hat die Gesellschaft jetzt zurückgehalten. Im Jahre Berichtsjahr, Bankgutshaben, Schatzwechsel 31,12 (2,64) Mill. M. Die starke Erhöhung dieses Kontos rührt daher, daß die neuen Aktien übernehmende Bankkonsortium die Einzahlung der Aktien erst am 29. Dezember 1922 abgeschlossen wurde, nach vor dem 31. Dezember geleistet hat. Die Beteiligungen bei fremden Unternehmungen sind durch einige in Konsortialform bewirkte Anlagen 1921 601 456 M. dagegen Geschäftsunkosten 4,86 Mill. M. (368 952 M.). Steuern 3,35 Mill. M. (235 642 M.), bleibt nach Verrechnung einiger weiterer kleinerer Ausgabeposten Reingewinn 4,71 (1,12) Mill. M. Hieraus zum Reservefonds 215 604 Mark. Aufsichtsratsvergütungen 1 (0) Mill. M. und 20 pCt. Dividende auf 10,2 Mill. M. Aktienkapital, Vortrag auf neue Rechnung 434 103 M. Die Gesellschaft hat im abgelaufenen Geschäftsjahre eine größere Zahl von Häusern in Hessen und Tersteie abgeschlossen, welche bis zum Jahresschluß zum größeren Teil wieder mit Gewinn abgewickelt worden sind. Mit dem Verkauf ihres eigenen aus der Vorkriegszeit stammenden Grundbesitzes hat die Gesellschaft jetzt zurückgehalten. Im Jahre Berichtsjahr, Bankguthaben, Schatzwechsel 31,12 (2,64) Mill. M. Die starke Erhöhung dieses Kontos rührt daher, daß die neuen Aktien übernehmende Bankkonsortium die Einzahlung der Aktien erst am 29. Dezember 1922 abgeschlossen wurde, nach vor dem 31. Dezember geleistet hat. Die Beteiligungen bei fremden Unternehmungen sind durch einige in Konsortialform bewirkte Anlagen 1921 601 456 M. dagegen Geschäftsunkosten 4,86 Mill. M. (368 952 M.). Steuern 3,35 Mill. M. (235 642 M.).